

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 251

Oktober 2015

DANIEL JOSITSCH in den Ständerat



**STEFAN FELDMANN
BARBARA THALMANN**
in den Nationalrat – Liste 2



Editorial



Herbstzeit, Wahlzeit, Erntezeit – Hoffentlich! Schon bald, nämlich am 18. Oktober, dürfen wir an den Urnen unsere Listen für den Nationalrat einlegen und die Namen derjenigen aufschreiben, welche wir in den Stände-

rat delegieren. Natürlich werde ich die Liste 2 – SP – einlegen und natürlich werde ich als ersten Namen Daniel Jositsch für den Ständerat aufschreiben. Natürlich bin ich stolz darauf, dass mit Stefan Feldmann und Barbara Thalmann zwei profilierte KandidatInnen der Stadt Uster auf der Liste 2 stehen.

Doch damit ist es mit dem Natürlichen schon vorbei. Einiges erscheint aktuell nicht natürlich. Wir erleben aktuell weltweit die grösste Flüchtlingsbewegung seit dem 2. Weltkrieg. Wir müssen feststellen, dass weltweit viele Menschen nur ein einziges Mal eine Urne «erleben» werden und das ist nicht die Wahlurne! Eigentlich müssten wir hier in der Schweiz stolz sein, dass es freie Wahlen gibt, dass wir unsere Meinung frei äussern können. Diese Erfolgsgeschichte erfährt aber aktuell Risse. Wenn heute anlässlich einer Parteiversammlung ohne Widerspruch dazu aufgerufen werden kann, man solle unserer SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga Briefe mit weissem Pulver zukommen lassen, wenn Solidarität zum Fremdwort wird, wenn Moratorien gefordert werden, dann laufen wir Gefahr, dass unser Erfolgsmodell Schweiz zerbricht. Das müssen wir verhindern und deshalb VertreterInnen nach Bern schicken, die sich für den Rechtsstaat, die Demokratie und die Einhaltung des Völkerrechts, der Europäischen Menschenrechtskonvention einsetzen. Genau für diese Punkte, für diese politische Kultur machen sich die SP-KandidatInnen stark.

Ich hoffe, dass wir nach den erfolgreichen kommunalen und kantonalen Wahlgängen nun auch bei den eidgenössischen Wahlen ein starkes Ergebnis in Uster und natürlich schweizweit erreichen werden. Dies ist umso dringender nötig, damit ein Rechtsrutsch verhindert werden kann.

Und wenn Sie sich nicht sicher sind, welche KandidatInnen und welche Partei für Sie geeignet sind, dann machen Sie einen entsprechenden Online-Test, etwa bei Smartvote. Man kann damit auch mal wieder überprüfen, wo man selber steht. Übrigens: Mein Smartvote ergab zwölfmal SP, sechsmal Juso, fünfmal GLP, viermal Grüne, viermal AL, zweimal Kunst + Politik und je einmal Piratenpartei und junge EVP...

Matthias Stammbach, Präsident SP Uster

Aktuelles aus dem Gemeinderat

Kultur ins Zentrum

«Kultur ist die Seele der Stadt.» Mit diesen Worten beginnt das von SP-Gemeinderat Balthasar Thalmann eingereichte Postulat betreffend städtische Stiftung Kulturzentrum Uster, mit dem das Kulturzentrum auf dem Zeughausareal vorangetrieben und geklärt werden soll, wie es dereinst betrieben und finanziert werden soll.

In unserer Stadt leben Menschen mit unterschiedlichen Interessen, unterschiedlichen kulturellen Hintergründen und unterschiedlicher Herkunft. Eines haben sie aber alle gemeinsam: Sie haben Uster als Wohnort gewählt, und sie leben gerne hier. Sie schätzen die Angebote in den Bereichen Bildung, Sport, Kultur, Gesundheit und Alter sowie das Naherholungsgebiet am See. Zu dieser hohen Lebensqualität trägt das Kulturangebot entscheidend bei. Der Gemeinderat hat beschlossen, anstelle des in die Jahre gekommen Stadthofsaals der Kultur einen neuen Platz auf dem Zeughausareal zu geben. Gleichzeitig soll das heutige Provisorium Central, dessen Mietvertrag 2021 ausläuft, ebenfalls einen neuen Platz auf dem Zeughausareal finden. Damit könnte Uster ein Kulturzentrum erstellen, das weit über unsere Stadt hinausstrahlt.

Bevor wir jedoch ein Kulturzentrum bauen, müssen wir aber wissen, welche Art von Kultur auf dem Zeughausareal angeboten, wie das Kulturzentrum betrieben und wie es langfristig finanziert werden kann. Die SP-Fraktion möchte



diese Fragen jetzt mit dem Postulat klären, denn sie befürchtet, dass das Geld, welches für ein neues Kulturzentrum benötigt wird, der Sparwut des Stadtrats zum Opfer fallen könnte. Dies, obwohl die Testplanung Zentrum Uster klar zeigt, dass das Kulturzentrum auf das Zeughausareal gehört.

Auch das Wirtschaftsforum Uster schreibt in seiner Broschüre «Ein attraktives Zentrum für Uster», dass der Stadthofsaal durch ein Kultur- und Tagungszentrum im Zeughausareal ersetzt werden soll.

Gleichzeitig mit dem Gestaltungsplan Zeughausareal, welcher das Parlament diesen Herbst verabschiedet wird, soll der Stadtrat mit dem Postulat dazu verpflichtet werden, dem Parlament einen Bericht zu unterbreiten, wie der Aufbau, die Gründung sowie die langfristige finanzielle Basis einer städtischen Stiftung Kulturzentrum Uster sichergestellt werden kann. Die Stadt muss das Kulturzentrum nicht zwingend selber betreiben, sondern könnte den Betrieb und die Angebotsauswahl professionalisieren und einer Stiftung übertragen. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass der Schlüssel zu einem lebendigen, attraktiven Zentrum zu einem grossen Teil vom Kulturzentrum abhängt. Das neue Kulturzentrum ist eine riesige Chance. Uster sollte sie nutzen.

Markus Wanner,
Präsident SP-Gemeinderatsfraktion

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster

www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei Uster

Anschrift: FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1

Auflage: 16 000 Exemplare

Erscheinungsweise: viermal im Jahr

Abonnement: für 1 Jahr mindestens Fr. 30.–, auf PC 80–13431–8

Redaktion: Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredi Gut, Layout: Ewald Feldmann

Druck: Ropress Zürich

Hinweis: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen gesteckt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Wahlen vom 18. Oktober: Wahlauftritt von SP-Präsident Christian Levrat

Für alle statt für wenige

Alle vier Jahre werden die Stimmberechtigten zur Wahl von National- und Ständerat an die Urne gerufen. Und wie immer sind nationale Wahlen auch Richtungsentscheide. Für die SP Schweiz ist klar: Sie kämpft für eine Gesellschaft, in der jeder Mensch gleiche Chancen erhält, seinen Platz hat und über seine Lebensverhältnisse bestimmen kann. Diese Anliegen sind dringender denn je und deshalb braucht es in der Schweiz auch weiterhin eine starke Sozialdemokratie.

Von Christian Levrat, Ständerat,
Präsident der SP Schweiz

Liebe Wählerin, lieber Wähler, wir stehen bei den National- und Ständeratswahlen am 18. Oktober vor einer Richtungsentscheidung: Wollen wir uns von Europa und der Welt abschotten? Oder wollen wir die Bilateralen Verträge retten? Wollen wir Grosskonzerne und Reiche weiterhin privilegiert behandeln? Oder wollen wir ein Land, in dem Chancen, Wohlstand und Lebensqualität gerecht verteilt sind und das stolz darauf ist, Flüchtlingen in Not Schutz zu bieten? Wollen wir eine Schweiz des Gegeneinanders? Oder eine des Miteinanders?

Unsere Antwort auf diese Fragen sind klar: Die SP will die Gemeinschaft stärken und eine gerechtere Verteilung erreichen. Und dieses Anliegen ist dringender denn je. Denn obwohl wir eines der reichsten Länder sind, sind Einkommen und Vermögen sehr ungleich verteilt. Die reichsten 2 Prozent in der Schweiz besitzen gleich viel Vermögen wie die anderen 98 Prozent zusammen. Das wollen wir ändern. Denn wir wissen, wir sind dann stark, wenn es allen gut geht, und nicht nur ein paar wenigen. Besonders wichtig sind uns folgende Punkte:

Anständige Löhne

Obwohl die Unternehmensgewinne, die Boni, die Abgangentschädigungen sowie die Managerlöhne stetig steigen, klappt zwischen Mann und Frau immer noch eine Lohnlücke von 20 Prozent und die Löhne der mittleren und unteren Einkommen stagnieren seit Jahren. Es ist höchste Zeit, dass die Lohngleichheit mit verbindlichen Massnahmen durchgesetzt wird und alle anständigen Löhne erhalten.



Christian Levrat, Ständerat und Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.

Bezahlbare Wohnungen

Grosse Immobilienfirmen und sogar die SBB investieren im grossen Stil in Luxusüberbauungen. Aus Profitgier werden an vielen Hotspots die Mieten bei einem Mieterwechsel ungerechtfertigt in die Höhe getrieben. Bezahlbarer Wohnraum vor allem in Städten und Agglomerationen wird für viele knapp. Die SP will diese Entwicklung stoppen – mit Mindestquoten für gemeinnützigen Wohnbau bei Neuprojekten, der Förderung des genossenschaftlichen Wohnbaus sowie dem Ausbau des Mieterschutzes.

Sichere Renten

Während sich die Versicherungen mit unserem Kapital in der zweiten Säule eine goldene Nase verdienen, fordern die bürgerlichen Parteien eine Erhöhung des Rentenalters und eine Kür-

zung der Leistungen. Wir wollen deshalb eine Stärkung der AHV, also der ersten Säule, damit alle gute Renten haben und nicht nur die Gut-situierten. Wir wollen Transparenz und faire Regelungen für die zweite Säule, damit alle profitieren und nicht nur ein paar wenige.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen mit unseren Forderungen für eine Gesellschaft, in der jeder Mensch gleiche Chancen erhält, seinen Platz hat und über seine Lebensverhältnisse bestimmen kann. Denn wahrer Fortschritt hat das Ziel, allen Menschen – egal welcher Herkunft – ein gutes Leben in und mit der Gesellschaft zu ermöglichen. Dafür steht die SP ein. Wählen Sie am 18. Oktober in diesem Sinne – wählen Sie eine Schweiz für alle statt für wenige. Herzlichen Dank für Ihr Vertrauen!

Ständeratswahlen vom 18. Oktober: Daniel Jositsch in den Ständerat

«Ich glaube an Gerechtigkeit

Am 18. Oktober wählen die Zürcherinnen und Zürcher nicht nur 35 Mitglieder für den Nationalrat, sondern auch gleich zwei neue Ständeratsmitglieder. Die SP schickt für den freien Sitz mit Daniel Jositsch eines der bekanntesten Gesichter der Zürcher Politik ins Rennen. Im Interview mit dem FORUM erklärt er, warum er kandidiert und was für ihn die wichtigsten Probleme der Zukunft sind.

FORUM: Daniel Jositsch, Sie steigen für die Sozialdemokratische Partei ins Ständeratsrennen. Was ist Ihre Motivator dafür?

Daniel Jositsch: Es sind zwei Gründe: Zum einen bin ich der Meinung, dass der Kanton Zürich eine ausgewogene Vertretung im Ständerat braucht. Zum anderen ist die Palette von thematischen Themen, die man im Ständerat wegen der kleineren Zahl an Mitgliedern bearbeiten darf, sehr viel breiter. Und das kommt mir

entgegen, denn von der Kulturförderung bis zur Steuerpolitik gibt es kaum ein Thema, das mich nicht interessiert.

Es versteht sich, dass Sie als Sozialdemokrat sozial sind. Auch dass Sie sich als Präsident des Kaufmännischen Verbandes der Schweiz für gute Arbeitsbedingungen und Löhne einsetzen, liegt auf der Hand. Aber warum sollen Nichtlinke und Nichtgewerkschafterinnen Sie als Ständerat wählen?

Das soziale Engagement hat für mich eine Verbindlichkeit, die sich aus unserer Verfassung ergibt. Mir ist ausserdem die Umweltpolitik ein Anliegen. Sie war ursprünglich für mich der Ansporn, überhaupt politisch aktiv zu werden. Im Parlament habe ich mich zudem in der Bildungspolitik engagiert. Als ehemaliger Schulpräsident kenne ich die Volksschule und als Präsident des Kaufmännischen Verbands liegt mir die klassische Berufslehre am Herzen. Dazu

kommen wirtschaftliche Fragen. Ich sehe die Wirtschaft dabei in einem Gesamtzusammenhang und engagiere mich dafür, dass für die Unternehmen und die Angestellten gute Bedingungen geschaffen werden. Dabei hilft mir auch mein familiärer Hintergrund: Sowohl mein Vater als auch mein Grossvater waren Unternehmer und besaßen einen Kleinbetrieb. Ausserdem ist mir die öffentliche Sicherheit wichtig. Neben meiner Tätigkeit als Strafrechtsprofessor nützt mir da, dass ich als Offizier in der Armee aktiv war.

Bekannt wurden Sie als Strafrechtsprofessor, der sich zu aktuellen Straffällen äusserte und mitunter auch für härtere Strafen einsetzte. Glauben Sie an die Wirksamkeit von Strafen?

Ich glaube an Gerechtigkeit und an den Rechtsstaat, unabhängig davon, wen es gerade betrifft. Ein Beispiel dafür: Ich setze mich für Whistleblowers und deren Schutz ein. Und zwar un-



Will nach acht Jahren im Nationalrat in den Ständerat wechseln: Daniel Jositsch.

Daniel Jositsch – zur Person

Beruf

Seit 2004	Professor für Strafrecht und Strafprozessrecht
2000 bis 2004	Selbständiger Rechtsanwalt
1998 bis 2000	Tätigkeit als Rechtsanwalt in einer Anwaltskanzlei
1998	Erwerb Zürcherisches Anwaltspatent
1996 bis 1998	Anwaltspraktikum in einer Anwaltskanzlei
1995 bis 1996	Juristischer Mitarbeiter im Bereich der Versicherungsberatung
1993	Doktorat an der Universität St. Gallen (Dr. iur.)
1991 bis 1995	Geschäftsführer der Schweizerischen Kolumbianischen Handelskammer, Bogotá
1985 bis 1990	Rechtsstudium an der Universität St. Gallen (lic. iur.)

Politik

Seit 2007	Mitglied des Nationalrates
2007	Mitglied des Zürcher Kantonsrates
2001 bis 2006	Präsident der Schulpflege Stäfa

Weitere Engagements

Seit 2011	Präsident des Kaufmännischen Verbandes der Schweiz (KV)
Seit 2009	Mitglied des Zentralvorstands des KV Schweiz
2006 bis 2008	Präsident Neue Europäische Bewegung Schweiz, Sektion Zürich
2005 bis 2009	Präsident der SP Bezirk Meilen
2003 bis 2008	Mitglied Vorstand Verein Appisberg

Privat

Daniel Jositsch (1965), geboren und aufgewachsen in Zürich und im Limmattal, Bürger von Geroldswil ZH, Vater eines Sohnes, Hobbys: Fitness und lesen.

und den Rechtsstaat»

abhängig davon, ob das im konkreten Fall politisch opportun ist oder nicht. Mir geht es dabei um die Gerechtigkeit.

Strafe ist ein Teil der Reaktion der Gesellschaft auf Fehlverhalten. Sie setzt eine Grenze, deren Überschreitung für die Betroffenen Folgen hat, damit sich die Bevölkerung einigermaßen gerecht behandelt fühlt. Beim Strassenverkehr etwa konnte durch ein konsequentes Umsetzen der geltenden Gesetze die Anzahl der Verkehrstoten um einen Viertel reduziert werden.

Ich glaube aber nicht, dass Strafen die Menschheit ändert. Will man ein Problem lösen, genügt das Strafrecht nicht. Die Entwicklung im Jugendstrafrecht, in dem die Massnahmen vor allem franken- und nicht wirkungsmässig beurteilt werden, finde ich deshalb verheerend. Für ein paar ganz wenige Jugendliche benötigen wir das Strafrecht, aber Gefängnis und Isolation führen bei allen anderen nicht zum Ziel.

Ein Thema, das uns im Bezirk Uster unter den Nägeln brennt, ist die Zukunft des Flugplatzes Dübendorf. Hier will ja der Bundesrat eine zivilaviatische Nutzung zulassen. Was ist Ihre Meinung dazu?

Meiner Meinung kann es tatsächlich nicht sein, dass Dübendorf für die Privatfliegerei zur Verfügung gestellt wird – der Kanton Zürich ist schon mit genug Fluglärm belastet. Ich unterstützte den Innovationspark, der im Flughafenkopf entsteht. Der grosse Rest soll der Bevölkerung wenn immer möglich als Naherholungsraum dienen – und gerade letzteres wäre bei einem Flugbetrieb ja gar nicht möglich.

Was wird Sie und die übrigen StänderätInnen in den nächsten vier Jahren am meisten beschäftigen?

Aktuell gibt es verschiedene ganz grosse Themen:



Immer mit vollem Einsatz bei der Sache: Daniel Jositsch bei einer Vorlesung an der Universität Zürich.

Da ist zunächst die Reform der Altersvorsorge, dann natürlich das gesamte wirtschaftliche Umfeld, in dem sich unser Land befindet. In diesem Zusammenhang werden wir auch unsere Beziehungen mit unseren Nachbarn in Europa neu definieren müssen. Und hier geht es nach dem Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative vor allem darum, die Bilateralen zu retten.

Ganz zum Schluss: Was sind die drei wichtigsten Voraussetzungen für das Amt eines Ständerates? Aufrichtigkeit gegenüber sich selbst und seinen Wertvorstellungen. Mut, Positionen zu beziehen, auch dann wenn es ungemütlich wird. Und Gleichmut, wenn es darum geht Niederlagen zu verdauen.

Interview: Stefan Feldmann

Nationalratswahlen vom 18. Oktober: Stefan Feldmann in den Nationalrat

Die Schweiz braucht mehr Steuergerechtigkeit

Politik ist ja bekanntlich «ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmass zugleich». Nach 20 Jahren Parlamentsarbeit im Ustermer Gemeinderat und im Zürcher Kantonsrat glaube ich, dass ich nicht nur Leidenschaft und Augenmass unter Beweis gestellt habe, sondern auch die fürs Bohren nötige Ausdauer. Und deshalb bin ich bereit für eine neue Herausforderung und kandidiere am 18. Oktober für den Nationalrat.

Von Stefan Feldmann, Kantonsrat, Uster

Ich bin Parlamentarier mit Leib und Seele: 14 Jahre habe ich mich im Gemeinderat Uster engagiert, Anfang April haben mich die Stimmberechtigten des Bezirks Uster erneut in den Kantonsrat gewählt. Mit bald 20 Jahren Parlamentserfahrung darf ich von mir behaupten, dass ich inzwischen das parlamentarische Handwerk ganz gut beherrsche. Und deshalb ist meine Nationalratskandidatur gewissermassen die logische Folge meiner bisherigen politischen Arbeit.

Mehr Steuergerechtigkeit

Als Kantonsrat habe ich mich in den letzten Jahren vor allem mit steuerrechtlichen und volkswirtschaftlichen Fragen befasst. Besonders das Steuerrecht ist bekanntlich seit einigen Jahren ein Feld heftigster Auseinandersetzungen. Als kantonalzürcher Politiker sieht man sich dabei mit der Situation konfrontiert, dass viele Vorgaben gar nicht in Zürich gemacht werden können, sondern vom Bund vorgegeben werden. Zu denken ist dabei aktuell zum Beispiel an die Unternehmenssteuerreform III. Seit kurzem liegt die Botschaft des Bundesrates vor und lässt nichts Gutes erahnen. Der Bundesrat rechnet mit Steuerausfällen von 1,7 Milliarden jährlich. Und nach den Erfahrungen mit der Unternehmenssteuerreform II von alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz darf man wohl hinzufügen: Es kann auch ein Mehrfaches davon sein...

Kommt hinzu, dass die Reform den Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen anheizen wird: Gerade die Zentralschweizer Kantone verfolgen seit einigen Jahren eine Tiefsteuerstrategie und unterbieten sich gegenseitig mit neuen Tiefsteuersätzen für Unternehmen. Dass diese Rechnung längerfristig nicht aufgehen kann, ist klar: Spätestens wenn der erste Kanton den Steuer-



Stefan Feldmann ist Kantonsrat aus Uster und kandidiert auf der SP-Liste 2 für den Nationalrat.

satz auf Null gedrückt hat, gibt es nichts mehr zu unterbieten...

Mir ist eine moderate Steuerbelastung für Unternehmen durchaus wichtig. Aber auch Unternehmen sollen ihren fairen Anteil an der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur leisten, denn letztlich ist diese die Basis dafür, dass sie überhaupt erfolgreich geschäften können. Deshalb müssen wir bei den Steuern das «Race to the bottom» stoppen, denn sonst zahlt am Ende der Mittelstand die Zeche, sei es durch höhere Steuern oder einem Abbau von Leistungen. Die Schweiz braucht mehr Steuergerechtigkeit.

Berufsbildung stärken

Auch ein zweites Anliegen hat mit einem starken Wirtschaftsstandort zu tun. Die Schweiz hat das grosse Glück, mit dem dualen Bildungssystem einen grossen Standortvorteil zu besitzen. Bei allen berechtigten Forderungen nach einer Erhöhung der Maturitätsquoten – besonders auch für Kinder aus benachteiligten Familien – dürfen wir aber nicht vergessen, dass die Berufsbildung das Rückgrat unserer Wirtschaft bildet. Deshalb müssen wir sie pflegen und stärken. Als langjähriges Mitglied der Schulkommission der Berufsfachschule Uster konnte ich

mir in diesem Bereich einiges Wissen aneignen, dass ich gerne in Bern einbringen werde.

Keine Privatfliegerei in Dübendorf

Grosse Diskussionen wird es in den kommenden Jahren auch um den nicht mehr benötigten Militärflugplatz Dübendorf geben. Der Bund will ihn gegen den Willen von Kanton und Standortgemeinden für die Privatfliegerei öffnen. Gegen 30'000 Starts und Landungen im Jahr sollen möglich sein. Mit der Auslagerung der Privatfliegerei nach Dübendorf würde so gewissermassen eine vierte Piste für den Flughafen Kloten entstehen und eine Ausweitung der Anzahl Flugbewegungen möglich machen. Für globalisierte Manager und die High Society ein Traum: Ein eigener kleiner Flughafen vor den Türen Zürichs. Der Bevölkerung bliebe die Nutzung dieses Areals als Naherholungsgebiet weiterhin verwehrt. Glücklicherweise ist in dieser Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen und ich werde mich dafür einsetzen, dass das Gelände sinnvoll genutzt wird. Der Kanton Zürich und der Bezirk Uster hat auf dem Flugplatzareal Besseres verdient.

Mehr Informationen: www.stefanfeldmann.ch

Nationalratswahlen vom 18. Oktober: Barbara Thalmann in den Nationalrat

Für eine soziale Schweiz mit hoher Lebensqualität

Als Mutter, Architektin und Politikerin mit Erfahrung in Parlament und Exekutive habe ich mich in den letzten 17 Jahren mit verschiedensten Themen auseinander gesetzt. Dieses Know How möchte ich auch auf nationaler Ebene einbringen. Deshalb kandidiere ich am 18. Oktober für den Nationalrat.

Von Barbara Thalmann, Stadträtin, Uster

Soziale Gerechtigkeit, Arbeit, Integration, nachhaltige Raumentwicklung oder Wohnen, sind wichtige Stichworte in meinen Tätigkeiten. Mein zentrales Anliegen ist dabei, die Schweiz – und dadurch insbesondere auch den Kanton Zürich – als sozialen und attraktiven Lebensraum weiterzuentwickeln.

Arbeitsplätze schaffen und erhalten

Weder der Kanton Zürich noch die Schweiz kann die ökonomische, globale Grosswetterlage grundlegend ändern. Mit gezielten und richtigen Investitionen aber kann die öffentliche Hand helfen, Arbeitsplätze zu erhalten und das wirtschaftliche Wohlergehen einheimischer Firmen unterstützen. Und er muss ansässigen Firmen gute Rahmenbedingungen anbieten. Darunter verstehe ich insbesondere eine gute familienergänzende Betreuung, ein attraktives Wohnumfeld für Mitarbeitende, ein stabiles politisches System, ein gutes Bildungssystem, soziale Sicherheit, gute Verkehrsverbindungen.

Wir haben einen durchdachten und gut funktionierenden Sozialstaat geschaffen, der viele Risiken auffängt oder abfedert. Dennoch, zentral wichtig ist die Konjunktur, die den grössten Ausschlag gibt, ob es den Menschen gut geht oder nicht. Je mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, desto weniger Sozialleistungen müssen in Anspruch genommen werden.

Das soziale Netz sichern

Als Sozialvorsteherin sehe ich, wie wichtig die Arbeit für die meisten Menschen ist, und welche Folgen – nicht nur materielle – der Verlust derselben mit sich bringt. Ich sehe aber auch, dass es Menschen gibt, die in unserer Arbeitswelt nicht mithalten können. Ich erachte es als enorm wichtig, dass auch Menschen mit Einschränkungen Chancen durch ihnen angepasste Tätigkeiten erhalten. Vermehrt muss sich unsere Gesellschaft um diejenigen Personen kümmern, die ohne Hilfe aus den sozialen Netzen herausfallen;



Barbara Thalmann ist Stadträtin in Uster und kandidiert auf der SP-Liste 2 für den Nationalrat.

Stichworte hierfür ist ein adäquater 2. Arbeitsmarkt oder die Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und den sozialen Institutionen.

Wenn Rezession, Arbeitslosigkeit oder eine Krise droht ist es wichtig, sich auf ein stabiles soziales Netz abstützen zu können. Die Schweiz hat die hierfür nötigen Instrumente, welche es insbesondere in Krisenzeiten zu sichern gilt. Mit einem gut ausgebauten Ergänzungsleistungssystem werden ältere und behinderte Menschen in ihrer Existenz unterstützt. Das soll so bleiben. Wer in seinem Leben in Not gerät, soll auch künftig Sozialhilfe erhalten, wobei im Vordergrund klarerweise die Integration in den Arbeitsprozess stehen muss. Allfälliger Missbrauch – wie jeglicher anderer Missbrauch auch – ist verwerflich und gilt es zu bekämpfen.

Wohnungen aller Art fördern

Der Grossraum Zürich wächst und die Bevölkerung nimmt stetig zu. Ob, oder vor allem wie, dieses Wachstum bewältigt werden soll, ist eine zentrale Frage. Bei dieser Entwicklung kommen der Wohnungsmarkt, das Verkehrssystem und die Naherholungsräume an ihre Grenzen. Beim Wohnen heisst das, die Preise der Immobilien als auch Wohnungsmieten steigen an, was insbe-

sondere für Familien zu grossen finanziellen Belastungen führt. Um einer krassen Wohnraumpreisentwicklung entgegenzuwirken, ist eine Zusammenarbeit mit nicht gewinnorientierten Wohnbaugenossenschaften sinnvoll. Eine ausgewogene Bevölkerungszusammensetzung ist zentral für ein funktionierendes Gemeinwesen.

Kurz ausgedrückt setze ich mich ein:

Für faire Löhne. Existenzsichernde Löhne sind das beste Mittel im Kampf gegen die Armut.

Für erschwinglichen Wohnraum. Wollen wir die Wohnungsnot vor allem in den Zentren ernst nehmen, braucht es Massnahmen.

Für soziale Sicherheit. Das soziale System in der Schweiz funktioniert gut, soll aber besser koordiniert und harmonisiert werden.

Für eine starke Berufsbildung. Bildung ist für die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, eine zwingende Voraussetzung.

Für den Schutz unserer Umwelt – im Interesse von Mensch und Natur. Ein griffiges Raumplanungsrecht sorgt für die Eindämmung der Zersiedelung und die Zerstörung von Kulturland.

Mehr Informationen: www.barbara-thalmann.ch

Abstimmungen vom 22. November 2015: Ja zum Kredit für die LimmattalBahn

Das Limmattal rückt zusammen

Rund um Zürich entwickeln sich verschiedene Regionen in grossem Tempo. Bekannt ist das Glatttal, wo sich sechs Gemeinden zur «Netzstadt» zusammengeschlossen haben. Auch im Limmattal findet eine rasante Entwicklung statt. Mit dem Projekt LimmattalBahn wollen Kanton und Gemeinden dieser Entwicklung eine gute Verkehrsinfrastruktur zu Grunde legen, die Wohnquartieren und Arbeitsplätzen zugute kommt. Am 22. November stimmen wir über den Staatsbeitrag des Kantons Zürich in der Höhe von rund 820 Millionen Franken ab. Regierungsrat und Kantonsrat stimmen der Vorlage zu.

Von Rolf Steiner, Kantonsrat, Dietikon

Ein seltenes Bild zeigte sich am 30. März 2015 im Kantonsrat, zumal es um einen grossen Kredit für den öffentlichen Verkehr ging: Nur gerade 4 Kantonsräte aus der SVP lehnten die Vorlage ab; alle Fraktionen hatten Zustimmung beschlossen. Zu diesem Resultat beigetragen hat sicher, dass dieser «Mittelverteiler» für die Städte und Gemeinden des Limmattals äusserst wichtig ist, und dass die Vorlage auch einen Kredit von 136 Millionen Franken für den Strassenausbau beinhaltet.

Betroffene Gemeinden einhellig dafür

Einhellig befürworten auch die Exekutiven der Gemeinden das Projekt, allen voran die Städte Schlieren und Dietikon sowie die Gemeinde Urdorf. Doch auch rechts der Limmat sind die Gemeinden dafür, da auch für sie bessere ÖV-Anschlüsse geplant sind. Der Aargauer Grosse Rat hat übrigens seinen Teil des Kredits mit ähnlich deutlicher Mehrheit gutgeheissen.

Eitel Freude also? Nicht nur. Sowohl in Schlieren wie in Dietikon gibt es Opposition. Sie hat zwei Hauptursachen: Einige von der Linienführung direkt betroffene AnwohnerInnen befürchten Nachteile: Lärm, Gefahren durch das Tram, verschwindende Parkplätze, «zerschnittene» Plätze und Strassen. Mit aufwendigen Schlichtungsverfahren ist die LimmattalBahn AG – der offizielle Projektträger – auf die Bedenken eingegangen und hat das Projekt da und dort angepasst. Das hat diese Gegner aber nicht zum Schweigen gebracht, denn eigentlich wollen sie die Bahn ganz verhindern.

Eine zweite Gruppe wehrt sich fundamental gegen die Bahn, weil sie die als ungestüm em-



Die neue Bahn bringt eine deutliche Aufwertung des Limmattals.

pfundene Entwicklung in der Region verhindern will. Diese Gruppe setzt sich vor allem aus älteren Personen zusammen, sie wird von einigen Alt-Stadträten angeführt.

Die Entwicklung aktiv steuern

Die Entwicklung wird jedoch nicht aufzuhalten sein. Mit der LimmattalBahn kann sie jedoch geordneter verlaufen. Die Bahn bringt Vernetzung und Aufwertung. Zudem hat die Erhöhung des ÖV-Anteils einen positiven Effekt auf die Umwelt. Siedlungsgebiete werden vom Strassenverkehr entlastet, der Lärm sinkt und die Luftqualität wird verbessert. Zudem bietet ein Projekt wie die LimmattalBahn die Chance, eine Region verkehrstechnisch von Grund auf neu zu gestalten.

Die LimmattalBahn wird zu über 90 Prozent auf einer eigenen Spur fahren, die Trams werden in Zürich-Altstetten, Schlieren und Dietikon die Anschlüsse auf die S-Bahn herstellen und mit der spangenartigen Linienführung das Limmattalspital, die Kantonsschule Limmattal und das geplante Quartier «Niederfeld» in Dietikon erschliessen.

Die erste Etappe Altstetten–Schlieren soll 2019 in Betrieb genommen werden, die zweite Etappe bis Spreitenbach im Jahre 2022. Wir Limmattaler freuen uns auf unser neues Tram!

Mehr zur Abstimmung: www.limmattalbahn.ch (Infos zum Projekt), www.limmattalbahn-ja.ch (Infos des Abstimmungskomitees)

Wahl- und Abstimmungsparolen

Am 18. Oktober 2015

Ständeratswahlen

Daniel Jositsch (gemeinsam mit Bastien Girod)
Lesen Sie das Interview mit Daniel Jositsch auf den Seiten 4 und 5.

Nationalratswahlen

SP-Liste 2 mit Stefan Feldmann und Barbara Thalmann
Lesen Sie die Beiträge der beiden Ustermer KandidatInnen auf den Seiten 6 und 7.

Am 22. November 2015

Kantonale Abstimmung

JA zum Kredit für die LimmattalBahn

...weil das Limmattal so eine zukunfts-taugliche Verkehrsinfrastruktur erhält.
Lesen Sie den Beitrag auf dieser Seite.